

F1 Gremienbesetzung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 10.03.2025
Tagesordnungspunkt: TOP 1 Begrüßung und Formalia

Antragstext

1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge folgende Gremienbesetzung für Samstag
15.3.2025 beschließen:

2 Präsidium

3 Antonia Baumgarten (KV Potsdam)

4 Claire-Luise Heydick (KV Teltow-Fläming)

5 Yannes Janert (KV Barnim)

6 Nils Naber-Korn (KV Potsdam)

7 Jörg Rieche (KV Potsdam-Mittelmark)

8 Doris Tuchan (KV Cottbus)

9 Antragskommission

10 Viviane Triems (KV Potsdam)

11 Martin Kündiger (Landesgeschäftsstelle)

12 Mandatsprüfungskommission

13 Lily Bässler (Landesgeschäftsstelle)

14 Anja Dannecker (Landesgeschäftsstelle)

15 Marie Sauss (Landesgeschäftsstelle)

16 Tammo Westphal (Landesgeschäftsstelle)

17 **Protokoll**

18 Anja Dannecker (Landesgeschäftsstelle)

19 Tammo Westphal (Landesgeschäftsstelle)

F2 NEU Tagesordnungsvorschlag

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 25.02.2025
Tagesordnungspunkt: TOP 1 Begrüßung und Formalia

Antragstext

1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge folgende Tagesordnung beschließen:

2 **Samstag, 15. März 2025**

3 Beginn 10:00 Uhr

4 TOP 1 Grußworte und Formalia

5 TOP 2 Politische Reden

6 TOP 3 Aussprache zur aktuellen politischen Lage

7 TOP 4 Leitantrag

8 TOP 5 Wahl Landesvorstand

9 TOP 6 Wahl Landesparteirat

10 TOP 7 Haushalt und Finanzen

11 TOP 8 Wahl Delegierte Frauenrat

12 TOP 9 Wahl Delegierte Diversitätsrat

13 TOP 10 Wahl Delegierte Länderrat

14 TOP 11 Wahl Rechnungsprüfer*innen

15 TOP 12 Anträge Verschiedenes

16 **Ende gegen 20 Uhr**

17 Angaben von Uhrzeiten ohne Gewähr.

L1 Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.02.2025
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Leitantrag

Antragstext

- 1 Die politische Landschaft in Brandenburg hat sich mit der neuen Landesregierung aus SPD und BSW grundlegend verändert. Das BSW ist ohne Parlamentserfahrung und mit nur 32 Mitgliedern im Landesverband in Regierungsverantwortung. Ob es dieser Verantwortung gerecht werden kann, wird sich erst noch zeigen. Die SPD versucht glaubhaft zu machen, dass sie in dieser Wahlperiode tatsächlich Dinge (Beispiel Bürokratieabbau) verändern will. Dinge, die sie in über 30 Jahren Regierungsverantwortung entweder selbst eingeführt hat oder seit Jahrzehnten aussitzt. Dabei steht Brandenburg vor den größten Herausforderungen seit den Wendejahren!
- 2 Der Rechtsextremismus bricht Bahn und nicht nur konservative Parteien machen hier den gleichen Fehler wie überall in der Welt: Sie eifern mit den Rechtsextremen und übernehmen deren Wordings, obwohl sie wissen, dass die Menschen immer das Original wählen werden. Dem stellen wir uns gemeinsam mit allen, die diesen Fehler erkennen, mit voller Kraft im ganzen Land entgegen.
- 3 Diese Kraft haben wir. Mit über 3.700 Parteimitgliedern senden die Brandenburger*innen ein klares Signal: auch ohne parlamentarische Vertretung kommen die bündnisgrünen Lösungsvorschläge an und müssen regelmäßig auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wir werden unseren Einfluss und unsere Verantwortung für eine zukunftsfähige, gerechte und nachhaltige Entwicklung unseres Bundeslandes wahrnehmen.
- 4 Nachdem sich CDU und SPD letztes Jahr geweigert haben noch einen Haushalt für 2025 aufzustellen, muss diese Hängepartie für das Land nun so schnell wie möglich enden. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, für ein Land, das sich in seiner größten Transformation behaupten kann. **Investitionen in die Umsetzung des Klimaplanes und das Mobilitätsgesetz, die klimafreundliche Transformation der Wirtschaft, den sozialen Zusammenhalt und die Förderung von Demokratie sind entscheidend für ein nachhaltiges, lebenswertes und gerechtes Brandenburg.**
- 5 Die Errungenschaften der letzten Landesregierung dürfen nicht zur Disposition

stehen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf:

6 **Schritt 1: Investitionen ermöglichen**

7 Sparen ohne zu Sparen erweist sich als Motto der neuen Landesregierung, wenn es um nichtssagende Ankündigungen zum längst überfälligen Haushalt geht. Dabei wissen die Brandenburger*innen, was auf dem Spiel steht: die Investitionen in die Zukunft des Landes.

8 Die Ankündigung nicht kürzen zu wollen, während gleichzeitig keine neuen Mittel für gestiegene Kosten und Investitionen eingestellt werden, ist in der Realität eine Kürzung und kommt einem Ausbluten über Zeit nahe. Allgemeine Kostensteigerungen gehen auch am Land Brandenburg nicht vorbei.

9 Brandenburg braucht Lehrer*innen, die sich keine Sorge darum machen müssen, dass ihnen das Dach auf den Kopf fällt, weil es keine Programme zur Sanierung gibt. Die Kommunen brauchen verlässliche Unterstützung zur Bewältigung der anstehenden Herausforderung, egal ob es um die Rettung des Krankenhauses, den Neubau einer Feuerwache oder um Klimaschutzmaßnahmen geht.

10 In Krisenzeiten darf nicht nur gekleckert werden. Brandenburg muss klotzen. Die
11 ökologischen und sozialen Herausforderungen erfordern mutige Investitionen in eine fossilfreie Energieversorgung, den Erhalt unserer Infrastruktur sowie in Forschung und Entwicklung, die jedoch durch die Schuldenbremse systematisch behindert werden. Anstatt flexibel auf die Herausforderungen unserer Zeit reagieren zu können, wird Brandenburg durch diese Beschränkung in einen engen Korridor der finanziellen Enthaltsamkeit gedrängt. Daher muss die Schuldenbremse abgeschafft oder um eine Investitionsregel ergänzt werden. Nur so kann ihre Generationengerechtigkeit erhöht werden. Dazu müssen die Investitionen in einem Vermögenshaushalt transparent dargestellt werden, um den Bürger*innen gegenüber klar zu belegen, dass die Gelder für Investitionen verwendet wurden. Wir fordern die aktuelle Regierungskoalition auf, Ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten und sich für eine Reform oder Abschaffung der Schuldenbremse einzusetzen.

12 **Schritt 2: die richtigen Prioritäten setzen**

13 **1. Klimagerechtigkeit**

14 Die Klimakrise ist die größte Bedrohung für unser Leben. Es braucht massive Investitionen und ein schnelles Umdenken. Wir haben in der letzten Legislatur mit dem Klimaplan und dem Mobilitätsgesetz einen wichtigen Grundstein gelegt, an den zwingend angeknüpft werden muss. Die neue Landesregierung darf im nächsten Haushalt den Rotstift nicht auf Kosten wichtiger Zukunftsprojekte ansetzen. Wir

fordern die Landesregierung auf:

- 15 • Die **Umsetzung des Klimaplan**s ausreichend zu finanzieren und die Kommunen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen finanziell zu unterstützen, z.B. durch den Aufbau einer Klima- und Energieagentur wie im Klimaplan vorgesehen.
- 16 • Den **Umwelt- und Naturschutz** in Brandenburg auszufinanzieren! Besonderen Augenmerk legen wir hierbei auf die Finanzierung der Umweltverbände, die wichtige Arbeit leisten.
- 17 • Das **Mobilitätsgesetz** zu finanzieren und zügig umzusetzen, denn es bildet die Grundlage für eine umwelt- und klimafreundliche, sozial gerechte und verkehrssichere Fortbewegung.

18 **2. Zukunftsgerechtigkeit**

19 Nachdem die SPD in den letzten 35 Jahren die Bildungsminister gestellt hat, will sie das auch in den kommenden 5 Jahren tun. Es ist fraglich, ob die Partei, die uns die Notlage im Bildungsbereich eingebrockt hat, die Lage verbessern kann. Wenn dann der BSW-Finanzminister noch hinzufügt, dass es in Brandenburg nicht mehr Geld für die Bildung braucht, sollten alle Alarmglocken läuten.

20 Brandenburgs Bildungslandschaft braucht mehr Geld für...

- 21 • ... ein Kitagesetz, dass endlich die Kitafinanzierung auf verlässliche Füße stellt und nicht jede Kommune im Regen stehen lässt.
- 22 • ... Lehreraus- und weiterbildung im ganzen Land. Die Landesregierung muss anfangen mindestens den eigenen Koalitionsvertrag zu diesem Thema umzusetzen, anstatt nur Ankündigung auf Ankündigung folgen zu lassen.
- 23 • ... leistungsstarke Brandenburger Hochschulen, die an der Zukunft forschen. Der Wissenschaftsrat hat klare Empfehlungen für die Weiterentwicklung und Investitionsbedarfe gegeben, die Landesregierung muss diesen endlich folgen.
- 24 • ... Sanierungen von Schulgebäuden. Die Landesregierung darf die Kommunen beim Aufholen des Sanierungsstaus in Schulen und Kitas nicht allein lassen.
- 25 • ...die Qualität und Nachfragebewältigung bei Berufsausbildungen. Die Landesregierung muss die Berufsausbildung mit guten, regional verteilten Berufsschulen und einem Ausbildungswerk Brandenburg attraktiver machen.

26 **3. Chancengerechtigkeit**

27 Frauen sind überproportional oft von Sparmaßnahmen betroffen, sei es durch Kürzungen bei spezifischen Förderprogrammen oder indirekt durch Einsparungen im sozialen Bereich. Dies widerspricht dem Grundsatz der Gleichberechtigung und kann langfristig zu einer Verschärfung gesellschaftlicher Ungleichheiten führen. Die Landesregierung muss sicherstellen, dass frauenpolitische Belange bei allen Haushaltsentscheidungen angemessen berücksichtigt werden und Brandenburg seiner Verantwortung für die Gleichstellung der Geschlechter auch in finanziell herausfordernden Zeiten gerecht wird. Auch gilt es, Demokratie- und Antidiskriminierungsprojekte nachhaltig zu finanzieren. Wir fordern die Fortsetzung

- 28 • der Förderung bestehender und den Aufbau neuer Familienzentren
- 29 • der vollständigen Umsetzung der Istanbul Konvention
- 30 • der dauerhaften Finanzierung von Brandenburger Frauenverbänden
- 31 • des Auf- und Ausbaus von queeren und Antidiskriminierungsprojekten.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

V2 Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Gremium: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 13.02.2025

Tagesordnungspunkt: TOP 13 Anträge Verschiedenes

Antragstext

- 1 Über die letzten Jahre ist die Migration künstlich zu einem der zentralen Themen der Politik geworden. Sie nimmt sowohl in der gesellschaftlichen Stimmung als auch in Politik und Medien seit langer Zeit wieder einen hohen Stellenwert ein und das obwohl die Zahl der Asylbewerber*innen rückläufig ist. Rechtsextreme instrumentalisieren die Ängste und Nöte von Menschen, um gegen geflüchtete Personen zu hetzen, statt Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation aller zu machen. Sie machen dabei die Schwächsten in der Gesellschaft zu Sündenböcken.
- 2 Statt dieser menschenfeindlichen und rassistischen Diskursverschiebung entgegenzutreten, nähern sich demokratische Parteien regelmäßig den Positionen und Forderungen von Rechtsextremen an und betreiben eine restriktive Migrations- und Asylpolitik. Mit fatalen Folgen in sämtlichen Lebensbereichen von Geflüchteten: Von den Asylverfahren über die Unterbringungspraxis und Integrationsmöglichkeiten bis hin zur sozialen und medizinischen Versorgung - und das gesellschaftliche Klima insgesamt. Diese Annäherungen helfen nicht, den Sorgen der Menschen entgegenzutreten, stattdessen tragen sie zu einer Legitimierung rechtsextremer Standpunkte bei. Die demokratischen Parteien laufen Gefahr, ihren Wertekompass zu verlieren und sich von einer menschenrechtsbasierten Politik zu entfernen.
- 3 Auch Bündnis 90/Die Grünen tragen dazu bei, indem Beschlüsse für eine restriktivere Migrationspolitik gefasst und gerechtfertigt werden, neuerdings sogar durch den "Zehn Punkte Plan für eine bessere Sicherheit" von Robert Habeck. Eine Partei, die sich selbst als Partei der Menschenrechte sieht, sollte nicht mehr Abschiebungen oder ein härteres Vorgehen an den EU-Außengrenzen fordern. Wir als Bündnisgrüne müssen wieder deutlicher sagen: Deutschland braucht wieder eine Willkommenskultur!
- 4 Als Partei und Landesverband müssen wir dazu beitragen, den Diskurs aktiv nach links zu verschieben und klar zu machen, dass Humanität und soziale Gerechtigkeit gegen Ängste und Sorgen helfen.

5 Nicht nur bundesweit, auch in Brandenburg steht die Migrationspolitik unter Beschuss von rechts: Nach der Landtagswahl im letzten Jahr sind die Stimmen für eine humane Asylpolitik im Landtag deutlich leiser geworden. Es ist keine Partei mehr im Brandenburger Parlament vertreten, welche sich für Integration und Bleiberecht einsetzt, stattdessen ist zu befürchten, dass sich die Fraktionen im Landtag in ihrem Abschiebefetisch gegenseitig überbieten werden.

6 Mit der Ernennung der Hardlinerin Katrin Lange zur Innenministerin zeigt die Koalition eines ganz deutlich: Abschottung soll Priorität haben, nicht aber der Einsatz für geflüchtete Menschen und deren Integration.

7 Umso wichtiger ist es, dass wir als Bündnisgrüne in Brandenburg im Verbund mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen von Betroffenen gegen weitere Asylrechtsverschärfungen in Brandenburg mobilisieren und die Zeit in der außerparlamentarischen Opposition nutzen, um diese Kontakte zu stärken. Dabei müssen wir uns auch dafür einsetzen, dass Menschenrechte gewahrt werden und Integration gelingt, indem wir geflüchteten Menschen eine menschenwürdige Aufnahme, Teilhabe und auch rasch ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Wir müssen wieder als die Partei wahrgenommen werden, die uneingeschränkt für Humanität und Menschenrechte in der Migration steht.

8 Die Landesdeligiertenkonferenz beschließt daher **für Brandenburg** folgende Forderungen:

- 9 • Es soll in Brandenburg **keine Art von Abschiebezentrum** geben und die Planungen für das Abschiebezentrum am BER müssen eingestellt werden
- 10 • Die **Bezahlkarte** ist integrationshemmend, diskriminierend und ein Bürokratiemonster, sie gehört **in allen Landkreisen abgeschafft** bzw. gar nicht erst eingeführt
- 11 • Es soll ein **Landes-Partizipations- und Integrationsgesetz** geben, das für mehr Verbindlichkeit und Verlässlichkeit in der Integrationsarbeit und für migrantische Repräsentations- und Partizipationsstrukturen sorgt
- 12 • **Wiedereinführung und Ausweitung von Landesaufnahmeprogrammen**, besonders für vulnerable, verfolgte und vor Krieg geflüchtete Menschen
- 13 • **Stärkung statt Kürzung der Migrationssozialarbeit**, angemessene Ausstattung von Ausländer- und Migrationsbehörden und Digitalisierung von Behördenvorgängen, sowie die **Integrationsfreundliche Auslegung bundesrechtlicher Bleiberechtsstrukturen**
- 14 • Es sollen überall auf der Ebene der Kreistage und

Stadtverordnetenversammlungen **verpflichtend Migrantenbeiräte** oder ähnliche Formen der organisierten Beteiligung für Migrant*innen, sowie **hauptamtliche Integrationsbeauftragte** geben

15 An die **Bundespolitik** richtet die Landesdeligiertenkonferenz folgende Forderungen:

16 • Der Landesvorstand setzt sich im Bundesverband von Bündnis 90/Die Grünen **klar gegen Verschärfungen der Asylpolitik** ein

17 • **Asylrechtsverschärfungen als Ergebnis von Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen werden entschieden abgelehnt**, Mitglieder des Bundestages werden aufgefordert sich dementsprechend zu positionieren

18 • Es darf **keine Vermischung von Asyl- und Strafrecht** geben. Wer Asylbeantragt verdient ein rechtstaatliches, faires und schnelles Verfahren

Begründung

erfolgt mündlich